

Übersicht

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Zweiter Besuch von Franz Josef Strauß in Peking

Zu seinem zweiten China-Besuch innerhalb von 9 Monaten ist der CSU-Vorsitzende Strauß am 15. September in Peking eingetroffen. Er war vom CCPIT, also dem Chinesischen Rat zur Förderung des Internationalen Handels, eingeladen worden (NCNA, 15.9.75) und wurde von dessen Vorsitzenden am Flughafen begrüßt. Die Chinesen gaben auch dem zweiten Strauß-Besuch hohen protokollarischen Rang. Im Gegensatz zu Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs, der Anfang September anlässlich der Eröffnung der Technogerma in der chinesischen Hauptstadt war, wurde er nicht im Hotel, sondern im Ersten Gästehaus des Außenministeriums untergebracht.

In einem ersten Gespräch teilte Strauß mit, er wolle in Peking primär die Zustimmung der Opposition zur Erweiterung der chinesisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Ausdruck bringen. Er gab dabei zu verstehen, daß die CDU/CSU in dieser Frage weitergehen würde als die Bundesregierung. Der chinesische Wunsch nach Erhöhung der Exportkontingente habe sein volles Verständnis ("Die Welt", FAZ, 16.9.75). Auch wolle sich Strauß dafür einsetzen, die den Chinesen von der Bundesrepublik zugebilligten Einfuhrquoten zu überprüfen. Es sei kaum einzusehen, daß selbst kleinere Länder des europäischen Ostblocks höhere Einfuhrkontingente als China hätten. Er selbst wolle den Chinesen nahelegen, die übliche Exportfinanzierung vor allem beim Kauf ganzer Anlagen aus der Bundesrepublik zu akzeptieren. Strauß wurde überall mit Hochachtung willkommen geheißen. Niemand hat vergessen, daß er von Mao empfangen wurde. Sein Foto hängt in zahlreichen Schaukästen aus. Ausländische Spötter sagen, zur Zeit gebe es nur drei Deutsche in Peking, deren Bild veröffentlicht werde: Marx, Engels und Strauß ("Die Welt", 17.9.75).

Am 16.9. traf Strauß mit dem Stellvertretenden Außenhandelsminister Yao Yi-lin zusammen (NCNA, 16.9.75). Das wesentliche Ergebnis des eineinhalbstündigen Gesprächs bestand darin, daß die Volksrepublik in Zukunft noch mehr deutsche Industrieanlagen kaufen und zumindest einen Teil davon mit Rohstoffen finanzieren soll. Weiter wurde dabei deutlich, daß die Chinesen das Einlagengeschäft der Banken in beiden Richtungen aktivieren wollen. Diese Entscheidung könnte langfristiger auf eine modifizierte Kreditgewährung hinauslaufen, da die Kreditsalden der deutschen Banken mit Sicherheit einen größeren Umfang

als die Einlagen der chinesischen Staatsbank bei den Geldinstituten der Bundesrepublik haben werden (dpa-Bericht, 16.9.75).

Am 17. September wurde Franz Josef Strauß vom Außenminister Chiao Kuan-hua empfangen (NCNA, 17.9.75).

Am 18.9.75 war der Stellvertretende Ministerpräsident Teng Hisao-p'ing Gesprächspartner des CSU-Vorsitzenden. Dabei bedauerte Teng die Vergabe westlicher Kredite an die UdSSR. Dies werde weder zur Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Geberländer beitragen, noch die Politik der sowjetischen Supermacht beeinflussen.

Der Vizepremier kündigte an, China werde Bundeskanzler Helmut Schmidt als den Vertreter der Bevölkerung der Bundesrepublik mit größten Ehren empfangen. Man freue sich auf den Gedankenaustausch mit ihm.

Am weitesten stimmten die Gesprächspartner im Urteil über die sowjetische Politik und in der Überzeugung überein, daß Moskaus Entspannungsbereitschaft nur vorgetäuscht sei, um die Europäer einzuschläfern. Die sowjetische Regierungszeitung Iswestja bezeichnete den Besuch von Strauß als "hetzerische Allianz zwischen Strauß und Peking", die "weder dem Geist der Zeit noch den Interessen der europäischen Völker" entspreche. In einem Kommentar zum Besuch des CSU-Parteivorsitzenden schrieb das Blatt, er scheine sich vor allem für die Haltung Chinas zu der vor kurzem abgeschlossenen KSZE-Konferenz und ihre Folgen zu interessieren. "Die Pekinger Führer haben in dieser Beziehung eine extrem negative Haltung, die sie in die Nähe der Reaktionäre und der stärksten Feinde der Entspannung auf dem europäischen Kontinent rückt". Der Erfolg des KSZE-Abschlußgipfeltreffens in Helsinki sei ein Beispiel für das Scheitern von Versuchen, die Entwicklung friedlicher Tendenzen in den internationalen Beziehungen zu bremsen (zitiert in "Die Welt", 20.9.75).

Am 19. September reiste Strauß auf dem Luftwege nach Deutschland zurück. Auf dem Flughafen hatte sich neben verschiedenen Funktionären aus dem Außen- und Außenhandelsministerium auch der deutsche Botschafter Rolf Friedemann Pauls eingefunden (NCNA, 19.9.75).

Der Besuch des CSU-Vorsitzenden wurde von der sowjetischen Presse wie erwartet aufgenommen: Die Pekinger Ultra-Revolutionäre hätten sich wieder einmal mit den europäischen Ultra-Reaktionären zusammengetan. Peking scheue weder Mühe noch Mittel, um das Treiben der unverhohlenen revanchistischen Kreise in der Bundesrepublik Deutschland zu beleben, die eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges verlangen, letztlich also antisowjetisch handelten. Sowohl die Maoisten als auch die Re-

aktionäre in Westdeutschland vertreten die Konzeption der einheitlichen deutschen Nation und eines starken Europa, das sowohl den USA wie der UdSSR entgegensteht. Wütender Antisowjetismus mache Peking und die westeuropäische Reaktion zu Alliierten im Kampf gegen die UdSSR. Noch eine andere parallele Interessenkonstellation sei zu erwähnen, nämlich die "unbegründeten Gebietsansprüche an die beiderseitigen Nachbarstaaten". Gleichwohl sei der auch in Form der KSZE deutlich gewordene Entspannungsprozeß in der Zwischenzeit so allmächtig geworden, daß destruktive Friedensstörungsversuche keinen Erfolg mehr haben könnten (Radio Moskau, deutsch, 18.9.75).

Hsinhua (29.9.75) nahm den CSU-Vorsitzenden nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik gegenüber Moskau in Schutz. Er habe "die Sowjetunion wegen ihrer unerhörten Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten nach der Europäischen Sicherheitskonferenz verurteilt". Strauß habe betont: "Wir können nicht zulassen, daß Moskau uns bevormundet und daß es darüber entscheidet, ob wir nach Peking fahren dürfen oder nicht. Auf die Politik der 'Entspannung' eingehend, erklärte er, er sei für Entspannung und unterstütze sie, 'aber falls jemand in Euphorie oder in blinder Selbsttäuschung aus der Entspannungspolitik zu der Schlußfolgerung kommen sollte, daß die Entspannung die Sowjetunion veranlassen würde, ihre Politik gegenüber dem Westen zu ändern, würde er sicherlich seiner Unbesonnenheit zum Opfer fallen' ... Ferner sagte er: 'Wenn die Russen der Meinung sind, daß uns ihre Provokation in die Knie zwingen kann, dann täuschen sie sich'."

Im gleichen Artikel applaudierte Hsinhua auch dem Beschluß des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl, "am 26. September wegen des langen Prawda-Artikels vom Vortag, in dem ein übler Angriff gegen den China-Besuch von Strauß geführt wurde, all seine Verabredungen in Moskau abzusagen".

(2) Vor der Visite des Bundeskanzlers besuchen drei hochrangige Politiker die VR China

Anläßlich der deutschen Industrieausstellung Technogerma reiste Bundeswirtschaftsminister Friderichs nach Peking, eröffnete dort die Messe und führte Gespräche mit verschiedenen Politikern der chinesischen Führungsspitze.

Anfang September folgte ihm sodann der hessische Ministerpräsident Osswald mit einer Delegation von Verkehrs-, Bank- und Handelsspezialisten. Möglicherweise war er u.a. damit beauftragt, die Themen für den Besuch des Bundeskanzlers vorzubereiten und das Gelände zu sondieren.

Als dritter folgte Franz Josef Strauß, der bereits zum zweiten Male in der chinesischen Hauptstadt weilte, dessen Buch "Deutschland, deine Zukunft" ins Chinesische übertragen werden soll und der wegen seines Empfangs bei Mao (Näheres C.a. Februar 1975, S.65 ff) die Visite beim "Vorsitzenden" zu einer Prestigefrage erhoben hatte.

Bundeskanzler Schmidt wird Ende Oktober die chinesische Hauptstadt aufsuchen.

(3) Lufthansa fliegt nach Peking

Als drittes deutsch-chinesisches Abkommen seit der Aufnahme der Beziehungen im Jahre 1972 ist in Bonn nach einwöchigen Verhandlungen ein Luftverkehrsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR China - nebst den zugehörigen

Luftlinienplänen - paraphiert worden, wodurch die Aufnahme des direkten Linienverkehrs zwischen beiden Ländern ermöglicht wird. In dem Fluglinienplan einigten sich beide Parteien über die zu überfliegenden Länder.

Das Regierungsabkommen gibt der chinesischen Fluggesellschaft CAAC die Möglichkeit, in der Bundesrepublik Frankfurt und eine noch zu bestimmende weitere Stadt anzufliegen. Die Lufthansa umgekehrt darf in Peking oder einer anderen - ebenfalls noch nicht bestimmten - Stadt in China landen.

Besonders wichtig für die Lufthansa ist eine Klausel, derzufolge eine Verbindung "zwischen beiden Ländern und darüber hinaus" vorgesehen ist, wodurch ein Weiterflug nach Tokyo möglich wird. Erst dadurch könnte die Strecke finanziell interessant werden. Solange der Tourismus nach China bei der bisherigen Größenordnung bleibt, ist der Anflugort Peking als solcher uninteressant. Auch die Schweizer Swissair und die französische Air France, die bisher als einzige westeuropäische Gesellschaften Linienflüge nach China anbieten, fliegen über die sogenannte Südroute nach Peking und weiter nach Tokyo. Während die Swissair nach dem Start in Zürich bei dem 17-Stunden-Flug nach Peking Zwischenlandungen in Genf, Athen und Bombay einlegt, fliegt Air France ab Paris mit Stops in Athen und Karachi 15 Stunden nach Peking.

Mit der Paraphierung wurden die im Februar 1975 in Peking aufgenommenen Gespräche, die seit dem 15.9.75 in Bonn fortgesetzt wurden (unter Beteiligung des Bundesverkehrsministeriums und des Auswärtigen Amtes) nunmehr erfolgreich abgeschlossen. Gerd Ruge ("Welt", 25.9.75) gibt allerdings einen "billigeren" Tip "über einen gemütlichen Umweg": Bestehe man nicht auf perfektem Service und nicht auf Gin Tonic, sondern gebe man sich mit Gemütlichkeit und rumänischem Cognac zufrieden, dann sei der Flug mit der rumänischen Luftfahrtgesellschaft Tarom von Bukarest nach Peking der wohl billigste Weg für eine Luftreise nach China. Da die Maschinen nie vollbesetzt seien, könnten sich die Passagiere zwischen Athen und Peking "lang ausstrecken". Für Reisende aus Westeuropa sei die Verbindung über Bukarest nach Peking eine Art Geheimtip geblieben, obwohl der wöchentliche Flug von Frankfurt aus guten Anschluß biete. Interessant sei vor allem die Flexibilität in der Preisgestaltung. Bei Gruppenreisen liege sie ähnlich wie auf konkurrierenden Linien: 36 % unter dem offiziellen Preis für Gruppen von 12 Personen und ein Freiflug für den Gruppenleiter. Tarom bemühe sich aber auch um Minigruppen oder Einzelreisende. Was der Flug für sie kostet, sei nicht einfach zu sagen. Man wolle schließlich flexibel bleiben. 30 % seien aber fast immer "drin".

Die Linie sei vor allem als Zeichen der nationalen Unabhängigkeit Rumäniens geschaffen worden. Nicht zuletzt deshalb werde sie auch häufig von Chinesen benutzt. Unter der einen Million ausländischer Touristen, die jährlich nach Rumänien kommen, spielten die chinesischen Besucher zwar zahlenmäßig keine nennenswerte Rolle, doch dürfte Rumänien den Weltrekord an chinesischen Touristen halten. 1974 kamen drei chinesische Touristengruppen, im Sommer 1975 noch einmal weitere 30 Chinesen, die eine Vierwochenrundreise durch Rumänien mitmachten. Vermutlich waren das die einzigen Touristenchinesen, die ins Ausland führen.

(4) **Schiffahrtsabkommen mit der Bundesrepublik**

Nach fünftägigen Beratungen einer deutschen Delegation in Peking sind die Verhandlungen über ein Schiffahrtsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der VR China erfolgreich abgeschlossen worden. Das Abkommen regelt Fragen des Schiffsverkehrs für Reedereien beider Länder und soll den Seeverkehr zwischen beiden Ländern erleichtern. Nach seinem Inkrafttreten werden die Schiffe beider Länder von der Erhebung von Schiffahrtssteuern freigestellt sein, wie sie von der chinesischen Regierung seit Juli 1974 erhoben worden waren. In Zukunft sollen regelmäßige Zusammenkünfte von Schiffahrtsexperten beider Länder dafür sorgen, daß die Beteiligung deutscher und chinesischer Schiffe am Frachtaufkommen und am Geschäft im gegenseitigen Interesse ausgeglichen wird. Das Abkommen enthält eine Meistbegünstigungsklausel bei der Abfertigung in den Häfen und im Lotsenwesen, sieht gegenseitige Anerkennung von Vermessungs- und Sicherheitszeugnissen und anderer Dokumente vor und regelt die Behandlung von Seeleuten in den Häfen beider Staaten auf der Grundlage der dort jeweils geltenden Gesetze. Außerdem findet sich in dem Abkommen eine Berlin-Klausel.

Die anderen acht Staaten der EG haben mit der VR China bereits entsprechende Abkommen getroffen.

Das Abkommen muß im Bundestag noch ratifiziert werden. Möglicherweise tritt es anlässlich des Besuches von Bundeskanzler Schmidt Ende Oktober in Kraft ("Die Welt", 1.9.75).

WESTEUROPA

(5) **Edward Heath von Mao Tse-tung empfangen**

Wie stark das persönliche Element in der chinesischen Außenpolitik nachwirkt, zeigte u.a. die freundschaftliche Behandlung des ehemaligen britischen Premierministers Edward Heath, der während seiner Amtszeit nach Peking eingeladen war, dann allerdings - wegen der Rückkehr der Labour Party an die Regierung - seinen Besuch als Privatmann absolvieren mußte. Heath war schon damals von Mao empfangen worden. Der chinesische Parteivorsitzende hatte sich nun nicht nehmen lassen, Heath auch bei seinem zweiten Besuch zu empfangen (NCNA, 21.9.75). Mao Tse-tung warnte den Konservativen vor den Gefahren des "sowjetischen Militarismus". Auch soll er geäußert haben, der "allgemeine Fortschritt" in der chinesischen Volksrepublik vollziehe sich "nicht schnell genug". Mao sprach mit Anerkennung von den Bemühungen des früheren britischen Premiers und Oppositionsführers um die Einheit Europas "angesichts der sowjetischen Aggressionsgefahr". Die überraschende Audienz dauerte mehr als eine Stunde.

Schon vorher hatte sich Heath fünf Stunden lang mit dem ersten Vizepremier Teng Hsiao-p'ing unterhalten. Der Inhalt des Gesprächs soll sich in allen wichtigen Punkten mit dem von Strauß und Teng zwei Tage vorher gedeckt haben. Die Sowjets seien laut Teng geradezu "liebestoll" auf den Erwerb von Marinestützpunkten in Vietnam erpicht. Mit Wohlwollen sehe China den nächsten Konsultationen mit Außenminister Kissinger im Oktober entgegen. Sein Prestige sei durch die Sinai-Vereinbarung in Peking gestiegen. Man schätze es in Peking, daß Kissinger, aus einer realistischen Einschätzung der sowjetischen Absichten im Mittleren Osten, Moskau nicht an dieser Einigung beteiligt habe.

Die Labour-Regierung Wilsons zeige lt. Heath "überhaupt kein Interesse an China"; denn sie "unterwerfe" sich dem linken Parteiflügel, der wiederum "moskauhörig" sei. Es sei überhaupt erstaunlich, wie gleichgültig man sich in Europa gegenüber China verhalte. Erstaunlicherweise interessierten sich die Chinesen mehr für Kissinger als für den amerikanischen Präsidenten, der ja noch dieses Jahr in Peking erwartet wird. Ford müsse erst beweisen, ob er die "positive Politik" Richard Nixons fortsetze, (Bericht von Ulrich Grudinski in FAZ, 22.9.75; ferner "Welt", NZZ und "Times", 22.9.75).

(6) **Akkreditierung des chinesischen Botschafters bei der EG in Brüssel**

Am 16. September überreichte der chinesische Botschafter in Belgien, Li Lien-pi, dem Vorsitzenden des EG-Ministerrats, dem Italiener Rumor, sein Akkreditierungsschreiben (NCNA, 17.9.75). Die VR China war damit der 103. Staat, der offiziell diplomatische Beziehungen mit der Gemeinschaft eröffnet hat. Gleichzeitig wurde mit diesem Akt der Weg zur Aushandlung eines Handelsabkommens mit Peking als Ersatz für die verschiedenen ausgelaufenen bilateralen Verträge eröffnet. Im übrigen ist China nach Jugoslawien der erste sozialistische Staat, der offizielle Beziehungen zu dem "kapitalistischen Bündnis" der EG aufnimmt.

Die EG nahm in den letzten Jahren im Außenhandel mit China hinter Japan den zweiten Platz ein. Der neue Botschafter ist ein Fachmann für Wirtschaftsfragen und hat sich während der vier Jahre, die er als Botschafter in Belgien akkreditiert war, schon inoffiziell mit den Fragen der europäischen Integration beschäftigt sowie Sondierungen über einen Handelsvertrag eingeleitet.

Der Handel zwischen der EG und China hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Trotzdem machte er 1973 nur 0,8 % des Warenaustausches der Gemeinschaft mit Drittländern aus. Die EG nahm 1974 mit rd. 11 % immerhin nach Japan (22,8 %) und Hong Kong (13,1 %) den dritten Platz im chinesischen Außenhandel ein. Der chinesische Warenaustausch mit den USA erreicht dagegen nur 8,6 %, der mit der Sowjetunion nur 2,7 %.

Die Ausfuhren der Gemeinschaft nach China setzen sich gegenwärtig noch zu 90 % aus Maschinen, industriellen Anlagegütern, Transportmitteln, anderen Fertigerzeugnissen und chemischen Produkten zusammen. Die Gemeinschaftsexporte nach China erhöhten sich von 381,9 Mio. RE auf 772 Mio. RE.

Die Einfuhren der Gemeinschaft aus China sind von 432,5 Mio. RE im Jahre 1972 auf 689 Mio. RE im Jahre 1974, also auf rd. 2 Mrd. DM, angestiegen. Insgesamt schloß der europäische China-Handel mit einem geringen Überschuß ab. Aus China werden zur Hälfte Nahrungsmittel und Rohstoffe in die EG eingeführt. Neuerdings sind jedoch die Bezüge von Verarbeitungsprodukten rasch gestiegen.

Da China anders als andere Staatshandelsländer keine langfristigen Kredite im Ausland sucht, werden die Chancen für eine Ausdehnung des Warenaustausches in Brüssel nur längerfristig als erfolgversprechend angesehen. Bis zum Abschluß des bald erwarteten neuen Handelsabkommens der Gemeinschaft mit China gelten für den Handel der EG-Mitgliedsländer autonome Einfuhrregelungen. Von 1089 Zollpositionen des gemeinsamen Außentarifs sind gegenwärtig 857 teilweise oder ganz liberalisiert. Von einigen Ausnahmen abgesehen, wendet die EG auch

im Handel mit China das GATT-Prinzip der Meistbegünstigung an. Die Gemeinschaft besitzt für Peking aber nicht nur handelspolitische Bedeutung, sondern auch das Gewicht eines antiso-wjetischen Bausteins.

(7) 500 chinesische Ingenieure und Techniker arbeiten zur Zeit auf der Mittelmeerinsel Malta bei der Errichtung eines Trockendocks sowie bei der Ausbildung von maltesischen Arbeitern

Malta ist - neben Rumänien und Albanien - das einzige Land Europas, das chinesische Entwicklungshilfe empfängt.

Schon 1972 war Ministerpräsident Dom Mintoff nach Peking gereist und hatte von dort eine Anleihe von 34 Mio. US\$ sowie ein Geschenk von 2 Mio. US\$ mitgebracht. Die Anleihe ist in Naturalien zurückzuzahlen, die nach China zu exportieren sind, sowie in Gold, und zwar in Höhe von 2 Mio. US\$, zum Goldpreis, der am Tage der Zahlung gilt.

Mit dem Geld baut Malta nunmehr ein 300.000-Tonnen-Trockendock und außerdem Fabriken für die Herstellung von Dekorativgläsern, Schokolade und Keramik.

300 chinesische Techniker und Ingenieure sind mit dem Trockendock beschäftigt, die 200 weiteren mit der Ausbildung maltesischer Industriearbeiter.

Wie Dom Mintoff betont, "haben uns die Russen niemals irgendetwas gegeben". Die Sowjetunion unterhält nicht einmal eine Botschaft in Malta, während die Chinesen auf der Insel seit 1972 diplomatisch vertreten sind.

Die Beziehungen zwischen maltesischen und chinesischen Arbeitern werden als gut bezeichnet, wenngleich die Chinesen - wie auch in allen anderen Ländern - zur Bevölkerung Distanz halten. Sie kauften mehrere Apartmenthäuser am Rande La Valettas, wohin sie sich nach der Arbeit zurückziehen (Bericht in IHT, 27.9.75).

SOWJETUNION

(8) Der neue Marinestützpunkt der Sowjetunion auf der Halbinsel Kola gefährdet die skandinavischen Länder

In den vergangenen Monaten ist das Thema der Gefährdung Nordeuropas durch die sowjetische Rüstungsexpansion immer stärker in den Vordergrund der Hsinhua-Berichterstattung getreten (vgl. hierzu beispielsweise C.a., Juni 1974, S.313 ff).

Nach einer Darstellung der Hsinhua (NCNA, 13.9.75) ist die Sowjetunion dabei, "den größten Marinestützpunkt der Welt im Gebiet von Murmansk auf der Halbinsel Kola zu bauen" - und dies trotz der Europäischen Sicherheitskonferenz. Man fühle sich daran erinnert, daß die Besetzung der Tschechoslowakei mit Militäranövern begonnen habe. Nunmehr werde Nordeuropa, vor allem das nördliche Gebiet der Norweger, in eine gefährvolle Situation gebracht. Vom 16. bis 27. September seien in den vereisten Gewässern der Barent-See Raketen erprobt worden. Diese Ankündigung sei ein beispielloser Akt von politischem Druck gegenüber dem benachbarten Norwegen. Außerdem versuche die Sowjetunion, auf den norwegischen Archipel Spitzbergen vorzustoßen.

(9) Moskau erinnert an den Helikopter-Zwischenfall vom März 1974

Das Thema Helikopter-Zwischenfall (Näheres dazu C.a.1974/4, Ü 8) war seit mehr als einem Jahr nicht mehr in der sowjetischen Presse erwähnt worden. Am 16.9.75 jedoch erinnerte das Parteiorgan "Prawda" daran, daß die Chinesen die Besatzung und den Helikopter immer noch "ohne jeden Grund" festhielten. Der Hinweis auf den Zwischenfall fand sich in zwei Absätzen des Artikels über die Tätigkeit der sowjetischen Grenztruppen. Nach sowjetischer Darstellung hatte sich der Pilot des Helikopters am 14. März 1974 bei dem Auftrag, einen erkrankten Grenzsoldaten aufzunehmen, bei stürmischem Wetter in sowjetisch-chinesisches Grenzgebiet verfliegen und war, nachdem der Treibstoff ausgegangen war, auf chinesischem Boden gelandet.

Die Chinesen andererseits hatten die Helikopterbesatzung wegen Spionageverdachts festgenommen. Das Thema Spionage steht seitdem in der sino-sowjetischen Polemik mit an oberster Stelle.

(10) Peking verhindert die Kranzniederlegung durch sowjetische Kriegsveteranen an den Gräbern von Sowjetsoldaten, die im Zweiten Weltkrieg gefallen sind

Anläßlich des 30. Jahrestages des Sieges über Japan wollte der sowjetische Veteranenverband eine Delegation nach China entsenden, die Kränze an den Gräbern der dort während des Zweiten Weltkrieges gefallenen Sowjetsoldaten niederlegen sollte. Das Einreiseersuchen der Delegation wurde jedoch abgelehnt. Damit bewiesen die Chinesen, wie Radio Moskau (deutsch, 4.9.75) hervorhebt, "erneut ihre Respektlosigkeit gegenüber dem Gedenken der Sowjetmenschen, die bei der Befreiung chinesischer Gebiete von den japanischen Okkupanten ihr Leben hingegeben haben".

Hsinhua (NCNA, 7.9.75) hielt diesen Behauptungen entgegen, daß die Delegation wegen Spionageverdachts nicht zugelassen werden können. Die "schamlose sowjetische Renegatenclique" setze "selbst die Helden der sowjetischen Roten Armee, die in dem antifaschistischen Krieg starben, für ihre Anti-China-Politik ein". Keine Rede könne vor allem von Respektlosigkeit gegenüber den Gefallenen sein. Die chinesischen Behörden hätten vielmehr dafür gesorgt, daß "chinesische Kreise" Kränze an den Ehrenmalen der gefallenen Helden der Roten Armee niedergelegt hätten (Näheres zu dieser Ehrungsfeier in NCNA, 3.9.75).

NORDAMERIKA

(11) US-Präsident empfing chinesische Wirtschaftsdelegation

Eine 10 Mitglieder zählende Handelsmission des CCPIT (Chinesischer Ausschuß für die Förderung des Internationalen Handels) traf am 6. September in den USA zu einer 18tägigen Reise ein, die zu den Zentren der amerikanischen Industrie (Houston: Zentrum der Herstellung von Erdölbohrmaterial, Seattle: Flugzeugindustrie etc.) führen soll (NCNA, 10.9.75).

Da der amerikanische Präsident noch 1975 die VR China besuchen will, betrachtete er diese Delegation offensichtlich als eine Art Vorreiter, die es protokollarisch entsprechend zu behandeln galt. Ford will Mitte November in die Volksrepublik

reisen, um u.a. mit Parteichef Mao Tse-tung, Chou En-lai und der politischen Führung Pekings die Beziehungen fortzusetzen, die sein Vorgänger Nixon im Februar 1972 anknüpfte. Der Besuch soll insgesamt 7 Tage dauern.

Zu den Themen dieses Besuches wird vermutlich die Taiwan-Frage nicht gehören. Umso mehr gibt der zu Ende gegangene Vietnamkrieg Anlaß, die Beziehungen zwischen Washington und Peking zu ventilieren. Abgesehen von der gegenseitigen Einrichtung diplomatischer Vertretungen in Peking (zuerst unter dem amerikanischen Stardiplomaten David Bruce, später unter dem früheren Vorsitzenden des republikanischen Nationalausschusses und früheren UN-Chefdelegierten Bush) und Washington, dem Austausch einiger offizieller Sport- und Wirtschaftsdelegationen geschah seit Nixons Visite im Februar 1972 wenig. Kissinger trifft gelegentlich mit dem chinesischen Vertreter Huang Chen oder mit Außenminister Chiao Kuan-hua (bei der Vollversammlung der UNO in New York) zusammen. Wichtigstes Thema dürfte die Haltung der beiden Mächte gegenüber der Sowjetunion sein. Vermutlich wurde diese Frage auch bei dem jetzt stattgefundenen Besuch der chinesischen Handelsdelegation erörtert.

(12) Kissinger: China ist gar nicht so wichtig

Bei einer Diskussion mit Kongreßabgeordneten über die Frage, warum sich die Einrichtung diplomatischer Beziehungen mit China so lange hinauszögere, meinte Kissinger, daß China eigentlich von recht geringem Wert für die USA sei. Er wies darauf hin, daß China in entscheidenden Schlüsselgebieten, wie Mittelost und Europa, kaum Einfluß habe und daß es ihm nicht einmal gelungen sei, eine deutlich spürbare Führung über die Länder der Dritten Welt zu übernehmen. Auch verfüge China nur über geringe militärische Schlagkraft, sehe man einmal von kleineren Operationen, wie von der Besetzung der Paracel-Inseln, ab. Ebenso erweise sich die vielzitierte chinesische Raketenstreitmacht wegen des verwendeten Flüssigtreibstoffes als äußerst anfällig.

Der Titel der "Briefing Papers", in dem diese Ansichten niedergelegt waren, lautete "What can China do for us?" (FEER, 26.9.75).

(13) Besuch einer hochrangigen vierzehnköpfigen Wissenschaftler-Delegation Chinas in den USA

Der Austausch von Wissenschaftsdelegationen zwischen China und den USA hatte bereits nach dem Nixon-Besuch vom Februar 1972 begonnen. Die bisher höchste Wissenschaftsdelegation traf jedoch erst Ende September 1975 in den USA ein, um einen ganzen Monat lang bei den verschiedensten Institutionen vorzusprechen. Die Delegation steht unter der Leitung des 73jährigen Chou Pei-yüan, der früher einmal in den USA Physik studiert hat. Mitglieder sind weitere ehemalige USA-Studierende. U.a. sprach die Delegation am 27. September mit Präsident Ford und Außenminister Kissinger, womit der politische Charakter der Visite manifest wurde. Volksdiplomatie und offizielle Diplomatie greifen hier also eng ineinander.

LATEINAMERIKA

(14) Offizielle Delegation aus Chile verhandelt in China

Seit die VR China nach dem Sturz Allendes die neue Militärjunta offiziell anerkannt und mit ihr diplomatische Beziehungen aufgenommen hat, besuchte zum ersten Mal eine chilenische Regierungsdelegation die Volksrepublik. Die Lieferung chilenischen Kupfers und Fragen des Handelsaustausches dürften dabei im Mittelpunkt der Gespräche gestanden haben. Nebenbei dürfte auch die Frage der 200-sm-Zone diskutiert worden sein, für die sich die VR China im Zusammenhang mit Lateinamerika besonders engagiert.

AFRIKA

(15) Peking ruft die drei angolanischen Befreiungsbewegungen zur Einigkeit auf

Der Empfang des Generalsekretärs der Vereinigten Unabhängigkeitspartei Zambias, A.G.Zulu, hat der chinesischen Regierung Gelegenheit gegeben, ihre politischen Überlegungen zur Lage in Angola mit allem Nachdruck zu verkünden. Pekings systematisches Bestreben ist es, die Einigkeit Afrikas mit allen nur möglichen Mitteln zu fördern. Es unterstützt einerseits deshalb die OAU und wendet sich andererseits gegen jede separatistische Bewegung und gegen Entzweiungsstrategien, wie sie zur Zeit in Angola zu beobachten sind.

Vizeministerpräsident Li Hsien-nien greift im Zusammenhang mit Angola vor allem "jene Supermacht" an, "die behauptet, der 'natürliche Verbündete' der afrikanischen nationalen Befreiungsbewegungen zu sein, die aber alles tut, um unter den drei angolanischen Befreiungsorganisationen, die ja von der Organisation für afrikanische Einheit anerkannt werden, Unruhe zu stiften und die nationale Einheit Angolas zu untergraben. Sie (die betreffende Supermacht) hat selbst große Mengen von Waffen nach Angola geschafft, um dort einen brudermörderischen Bürgerkrieg zu produzieren. Diese schamlose Einmischung, die den Prozeß der Unabhängigkeit für das angolanische Volk ernsthaft gehemmt hat, wird von allen, die die Gerechtigkeit hochhalten, verurteilt". Und nun eine Passage, die man eigentlich nicht erwartet hatte, nachdem bekannt geworden ist, daß China lange Zeit die Streitkräfte der FNLA ausgebildet hat: "Die chinesische Regierung und das chinesische Volk haben die ganze Zeit hindurch das angolanische Volk in seinem Kampf um die nationale Unabhängigkeit mit Nachdruck unterstützt. Den drei angolanischen Befreiungsorganisationen, die im bewaffneten Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft geboren wurde, haben wir stets unparteiische Behandlung angedeihen und ihnen in ihrem Kampf nach besten Kräften Unterstützung und Hilfe zuteil werden lassen. Wir ... hoffen aufrichtig, daß sie ... ihre Meinungsverschiedenheiten durch friedliche Konsultationen lösen, sich im gemeinsamen Kampf gegen den Feind vereinigen und für die termingemäße Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit Angolas zusammenarbeiten (NCNA, 13.9.75).

NAHOST

(16) Neue Haltung gegenüber Israel?

Der Staat Israel war für die Pekinger Führung lange Zeit nichts anderes als ein Aggressionswerk des US-Imperialismus in Nah- und Mittelost. Israel andererseits hatte bereits am 9.1.1950 den Versuch einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen gestartet, war aber bei den Chinesen nur auf höfliche Zurückhaltung gestoßen. Das Telegramm des damaligen Außenministers Moshe Scharett an Chou En-lai lautete: "Ich habe die Ehre, Eurer Exzellenz davon Mitteilung zu machen, daß die Regierung von Israel beschlossen hat, die Regierung Ihres Landes als die rechtmäßige Chinas anzuerkennen". Chou En-lai bestätigte den Erhalt des Schreibens in einem Antworttelegramm vom 16.1.1950, in dem es ausweichend hieß: "Was den von der Regierung von Israel mit Bezug auf die Zentrale Volksregierung der VR China gefaßten Beschluß und die Wünsche Eurer Exzellenz für das chinesische Volk sowie für mich persönlich betrifft, so möchte ich in Vertretung der Zentralen Volksregierung der VR China dem Gefühl der Freude darüber Ausdruck verleihen und Eurer Exzellenz Dank sagen" (abgedruckt in "Verträge der VR China mit anderen Staaten, Teil 2: Die Länder des vorderen Orients und Afrikas", bearbeitet vom Institut für Asienkunde Hamburg, Bd. XII/2 der Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg, Frankfurt/Berlin 1963, S.35f.). Seit dem damaligen Zeitpunkt gab es auf beiden Seiten keine offiziellen Signale mehr. China war sich der Brisanz des Israelproblems offenbar bewußt geworden, und es hatte sich deshalb entschlossen, in dem Konflikt zwischen den arabischen Nachbarländern und dem "Zionisten-Staat" auf der Seite der Araber zu stehen. Vor allem nach dem Sechstagekrieg von 1967 brachte China immer wieder folgende Formel vor: "Die chinesische Regierung und das chinesische Volk vertreten konsequent die Ansicht, daß sich der israelische Zionismus vollständig aus Ägypten, Syrien und von allen anderen durch ihn besetzten Territorien zurückziehen muß und daß das Recht des palästinensischen Volkes auf Rückkehr in seine Heimat und auf nationale Existenz wiederhergestellt werden muß" (PRu 1972, Nr. 50, S.5-7). Peking unterhielt andererseits freundschaftliche Beziehungen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation, unterstützte sie mit Waffen und empfing zahlreiche Delegationen der Organisation in Peking (vgl. z.B. C.a., Februar 1973, Ü-18).

Besonders heftig kritisierte Peking die Politik Moskaus, Juden nach Israel auswandern zu lassen. Folgende Kritik wurde dabei vorgebracht: Die Sozialimperialisten lieferten den arabischen Völkern zwar dauernd Waffen, verboten den Empfängern aber deren Verwendung. Gleichzeitig hätten sie allein im Jahre 1972 nicht weniger als 30.000 Juden aus der Sowjetunion nach Israel emigrieren lassen. Diese Zahl übersteige die Gesamtzahl der in den 11 vorangegangenen Jahren nach Israel ausgewanderten Juden. Das Ziel des amerikanisch-sowjetischen "Kuhhandels": "Wenn die USA Israel Waffen liefern, dann liefert die Sowjetunion den Israelis Einwanderer, die diese Waffen bedienen" (z.B. PRu 1973, Nr.1, S. 5f. und C.a. Mai 1973 - Ü-16).

Gleichwohl wurde Tel Aviv nicht müde, sich immer wieder um Kontakte mit China zu bemühen. Ende 1972 beispielsweise schalteten sie den rumänischen Außenminister Macovescu als Unterhändler ein - auch damals ohne Erfolg (C.a. Dezember 1972, Ü-14).

Der "vierte Aggressionskrieg Israels in Nahost" im Oktober 1973

ließ dann die chinesisch-israelischen Beziehungen auf einen neuen Tiefpunkt fallen (Näheres C.a. Dezember 1973 - Ü-9).

Eine Wende bahnte sich erst im Juli 1974 an. Chou En-lai ließ der israelischen Regierung damals durch US-Senator Jackson, der gerade Peking besucht hatte, eine mündliche Botschaft übersenden, die besagte, daß China an einer festen israelischen Position im Nahen Osten interessiert sei, durch die die sowjetische Expansion in diesem Gebiet verhindert werde (C.a. August 1974, Ü-12). Diese versöhnliche Geste scheint inzwischen Früchte zu tragen. Anläßlich der Unterzeichnung des zweiten Abkommens über das Auseinanderrücken der ägyptisch-israelischen Truppen in Genf am 4. September 1975 brachte Hsinhua (NCNA, 6.9.1975) eine genaue Beschreibung des Inhalts des Abkommens. Dabei wurde ohne negative Einschübe darauf hingewiesen, daß "das Abkommen erzielt wurde als Ergebnis langer indirekter Verhandlungen zwischen den beiden Staaten und den USA als Vermittler". Peking verlangt also heute nicht mehr, daß Israel all seine Rechte an den eroberten Gebieten von 1967 aufgäbe. Dies entspricht ganz der Pekinger Grundhaltung, derzufolge die Einflüsse der Supermächte in Nahost nur durch Zusammenhalten der Völker in dieser Region, vor allem auch durch eigenständige Regelungen der zwischen ihnen liegenden Probleme gelöst werden könnten.

ASIEN

(17) Diplomatische Anerkennung der neuen Regierung von Bangla Desh durch die VR China

Am 31. August sandte Ministerpräsident Chou En-lai an den neuen Präsidenten der VR Bangla Desh, Khandaker Mushtak Ahmed, ein Telegramm mit folgendem Wortlaut: "Eure Exzellenz, im Namen der Regierung der VR China habe ich die Ehre, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die chinesische Regierung die VR Bangla Desh ab sofort anerkennt. Ich bin überzeugt, daß die traditionelle Freundschaft zwischen unseren zwei Völkern stetig wachsen wird" (NCNA, 31.8.1975). Damit hat die Politik der Nichtanerkennung des nach dem Dezember-Krieg von 1971 entstandenen südasiatischen Staates aufgehört (Näheres C.a. September 1975, Ü-11). Bangla Desh hatte sich zunächst eng an die Sowjetunion und an Indien angeschlossen, doch bald war die Freundschaft zu diesen beiden Staaten in Mißtrauen umgeschlagen. Schon Mujibur Rahman hatte eine Annäherung an das ehemalige "Mutterland" Pakistan und an die VR China betrieben.

(18) Sihanouk kehrt nach Kambodscha zurück

Am 9. September flog das nominelle Staatsoberhaupt von Kambodscha, Prinz Norodom Sihanouk, nach einem Aufenthalt von fünf Jahren und fünf Monaten in der chinesischen Hauptstadt in einem chinesischen Flugzeug nach Phnom Penh. Am 6. September hatte ihm die chinesische Regierung ein Abschiedsbankett gegeben, bei dem Teng Hsiao-p'ing anstelle des erkrankten Chou En-lai den Prinzen als "hervorragenden Patrioten" und als Vorkämpfer der Dritten Welt bezeichnete. Sihanouk habe bewiesen, daß eine "kleine und schwache Nation auch eine Supermacht besiegen kann" (NCNA, 6.9.1975). Sihanouk andererseits "sprach sich lobend über die militante Freundschaft aus, die zwischen Kambodscha und China während des gemeinsamen Kampfes entstanden ist, und verpflichtete sich, weitere Bemühungen zur Konsolidierung und Entwicklung dieser Freundschaft zu unternehmen". Er

führte wörtlich aus: "Alle Patrioten, die gesamte Nationale Widerstandsbewegung und die gesamte Bevölkerung Kambodschas zeigen tiefe und aufrichtige Gefühle, Gefühle der unendlichen und auslöslichen Dankbarkeit, der Achtung und Bewunderung für die VR China, das chinesische Volk und den Vorsitzenden Mao" (NCNA, 6.9.1975).

Sihanouk kehrte mit seiner Familie sowie mit Ministerpräsident Penn Nouth und dem stellvertretenden Regierungschef Khieu Samphan, dem Führer der Roten Khmer, die am 17. April dieses Jahres das Regime von Marschall Lon Nol gestürzt und die Macht in Kambodscha übernommen hatten, nach Phnom Penh zurück. Khieu Samphan war eigens nach Peking gereist, um den Prinzen zurückzubegleiten.

Sihanouk, der sich seit 1955 wegen seines einnehmenden Wesens, seiner Vielsprachigkeit und seiner Balancekunst hohes Ansehen auf der außenpolitischen Bühne erworben hatte, wird wahrscheinlich auch in Zukunft im wesentlichen in der Außenpolitik tätig sein - und die Innenpolitik den Roten Khmer überlassen müssen.

Prinz Sihanouk, einst - entsprechend der indischen Königsauffassung - von vielen Kambodschanern als Halbgott betrachtet, hat wiederholt betont, daß er nicht mit einer Rückkehr an die Macht rechne. Gleichwohl wird der Zweiundfünfzigjährige ein Element des innerregionalen Ausgleichs in Asien bleiben und vermutlich den Rest seines Lebens auf internationalen Konferenzen und in den Gasthäusern asiatischer Regierungen zwischen Peking, Pyongyang und Rangoon zubringen. Vor allem wird er ein wichtiger Vermittler zwischen Peking und den anderen asiatischen Staaten sein. Genau darauf hat es die chinesische Führung, die ihm fünf Jahre lang ein bequemes Exil ermöglichte, abgesehen. Sachwalter Pekings, aber zugleich auch kambodschanischer Nationalist und reisender Botschafter: Dies sind die drei Rollen, die dem Prinzen künftig auf den Leib geschrieben sind.

Sihanouk traf in Phnom Penh eine veränderte Hauptstadt an: Nur hunderttausend Menschen von der einstigen Dreimillionen-Bevölkerung sind nach den Evakuierungsmaßnahmen, die die kommunistischen Machthaber seit April 1975 angeordnet haben, übriggeblieben. Der Prinz trug einen schwarzen "Mao-Anzug", und auch seine Begleiter hatten sich in das uniforme Schwarz der kambodschanischen Revolution und ihrer Befreiungsarmee gekleidet.

Ob Sihanouk gern nach Phnom Penh zurückgekehrt ist? Folgte er einer dringenden Bitte der Chinesen, oder ging er aus eigenem Antrieb? Soll er das Mißtrauen überwinden helfen, das die Bevölkerung dem neuen Regime in Phnom Penh entgegenbringt?

Den Chinesen mußte deshalb an einer Rückkehr Sihanouks nach Kambodscha gelegen sein, weil seine weitere Beherbergung in Peking der Protektion einer Gegenregierung gleichgekommen wäre. Sihanouk hatte seine Heimkehr nach Kambodscha immer wieder aufgeschoben und war zuletzt drei volle Monate nach Nordkorea ausgewichen. Die neuen kambodschanischen Führer andererseits konnten es sich nicht leisten, den Vorstellungen der Chinesen über die künftige Verwendung Sihanouks auf die Dauer entgegenzutreten.

Noch am Tage der Rückkehr Sihanouks nach Phnom Penh übernahm Sun Hao, "Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der VR China beim Königreich Kambodscha", seinen Posten in der kambodschanischen Hauptstadt (NCNA, 9.9.1975).

China hatte sich der Loyalität Sihanouks auch noch dadurch versichert, daß es kurz vorher eine Anleihe von rd. einer Mrd. US \$ an Kambodscha gewährte. Die Anleihe, die über einen Zeitraum von fünf bis sechs Jahren aufgeteilt wird, soll den Verlautbarungen zufolge zinslos sein und sich auf wirtschaftlichen und militärischen Beistand beziehen.

Schon am 1. Oktober war Sihanouk bereits wieder in Peking, um an den dortigen Feiern zum Nationalfeiertag teilzunehmen.

(19) China erkennt die Unabhängigkeit von Papua - Neu-Guinea an

Am selben Tage wie die Sowjetunion, nämlich am 16.9.1975, sandte Ministerpräsident Chou En-lai ein Gratulationsschreiben zur Unabhängigkeit von Papua - Neu-Guinea, das am 16. September aus australischer Vormundschaft entlassen wurde (NCNA, 16.9.1975).

(20) Peking empfängt eine Delegation der königlichen Familie aus Thailand

Eine aus 39 Personen bestehende Delegation, darunter 10 Prinzen und Prinzessinnen, besuchte Mitte September auf Einladung des chinesischen Volksinstituts für Auslandschinesen die VR China. Auf einem Bankett der Auslandsgesellschaft für die thailändischen Gäste wurden Trinksprüche auf die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und Thailand und auf die traditionelle Freundschaft zwischen den Völkern der beiden Länder ausgebracht (NCNA, 14.9.1975).

Die chinesische Führung geht davon aus, daß volksdiplomatische Aktionen gegenüber Thailand nur dann von Wirkung sind, wenn auch die königliche Familie voll miteinbezogen ist.

(21) Hoher vietnamesischer Besuch in Peking

Am 24. September traf - erstmals seit dem Sieg der Kommunisten in Indochina - eine politisch gewichtige Delegation Nordvietnams unter Führung des Parteichefs Le Duan in der chinesischen Hauptstadt ein. Die Visite war bis zum letzten Moment geheimgehalten worden, findet aber bezeichnenderweise in einer Zeit statt, da die Sowjets nach chinesischer Ansicht mehr und mehr versuchen, Hanoi durch politische und wirtschaftliche Erpressungen von einer Politik der Äquidistanz zwischen Moskau und Peking abzubringen.

JMJP begrüßte die "Partei- und Regierungsdelegation" mit "tiefen und aufrichtigen Gefühlen" (NCNA, 21.9.1975). China und Vietnam seien "durch Berge und Flüsse verbundene Nachbarn. Die Menschen Chinas und Vietnams sind enge Waffenbrüder und Brüder. Unsere beiden Völker haben in den langen revolutionären Kämpfen stets miteinander sympathisiert, einander unterstützt und ermutigt und damit eine tiefe, brüderliche Freundschaft zementiert".

Auch Le Duan sprach von "brüderlicher Freundschaft" zwischen den beiden Völkern und von "aufrichtigen Gefühlen sowie kämpferischer Solidarität" (NCNA, 22.9.1975).

Die chinesisch-nordvietnamesischen Gespräche spielten sich auf höchster Ebene zwischen Spitzenfunktionären der Partei und der Regierung ab (vgl. u.a. NCNA, 23.9.1975). U.a. wurde die Delegation auch von Mao Tse-tung empfangen (NCNA, 24.9.1975).

Über den Inhalt der Gespräche gab es keine Verlautbarungen. Es liegt aber nahe, daß beide Teile sich über die zwischen ihnen ste-

henden unbequemen bilateralen Probleme (Paracelinseln, Zukunft Indochinas, Verhältnis zur Sowjetunion) gründlich unterhalten und auch Wirtschaftsgespräche geführt haben. In letzterem Punkt zeigte die Volksrepublik China sich großzügig. U.a. wurde am 25. September ein Abkommen über zinsfreie Anleihen (Höhe nicht genannt) und ein Protokoll über Warenlieferungen zwischen beiden Ländern unterzeichnet (NCNA, 25.9.1975).

Le Duan dürfte seinen Gesprächspartnern klagemacht haben, daß Vietnam Hilfe nicht nur von China, sondern auch von der Sowjetunion erhalten wolle und daß sein Land stets bemüht sei, schon im Interesse der Wahrung eigener nationaler Interessen grundsätzlich Unabhängigkeit und Distanz gegenüber Moskau zu halten - und dies trotz aller Bereitschaft, russische Hilfe anzunehmen. Ob es ihm gelungen ist, diesen Willen zur Balance seinen chinesischen Gesprächspartnern glaubhaft darzustellen, steht auf einem anderen Blatt. Diese jedenfalls dürften es kaum versäumt haben, dem Parteisekretär ihre antisowjetischen Bedenken in aller Deutlichkeit vorzutragen. Auch dürften die Chinesen genaue Auskunft darüber verlangt haben, welche Bewandnis es mit den militärischen Zusammenstößen im Grenzgebiet zwischen Südvietnam und Kambodscha hat - und inwieweit Hanoi bereit sei, die Stellung Sihanouks in Indochina anzuerkennen. Besonders interessant für China dürfte die Frage sein, ob Hanoi wirklich bereit sei - wie es in Gerüchten immer wieder heißt -, den Sowjets in Südvietnam eine Marinebasis einzuräumen.

Angesichts der Begegnung mit fast sämtlichen Spitzenführern war es besonders auffällig, daß Chou En-lai unter den Gesprächspartnern der Nordvietnamesen fehlte. Dies könnte ein Anzeichen dafür sein, daß sich der Gesundheitszustand des 77jährigen Ministerpräsidenten verschlechtert hat.

Offensichtlich war der Schlagabtausch mit der chinesischen Führung - trotz aller "Freundschafts"-Beteuerungen - so hart, daß Le Duan in der chinesischen Hauptstadt nicht etwa acht Tage blieb, wie es ursprünglich geheißen hatte, sondern schon nach zwei Tagen eine Reise in die Provinzen antrat, um diese zu besichtigen. Hatte sich der vietnamesische Parteichef zu diesem Verhalten veranlaßt gesehen, weil er die Sowjets beruhigen wollte, oder aber, weil ihm die atmosphärischen Störungen in Peking nicht mehr erträglich schienen?

Es ist darauf zu verweisen, daß bereits Anfang September 1975 eine chinesische Partei- und Regierungsdelegation Vietnam anlässlich seines 30. Nationalfeiertages besucht hatte. Als Leiter war der Stellvertretende Ministerpräsident Ch'en Hsi-lien, zugleich Kommandant des Wehrbereiches Peking, aufgetreten. Vor einer Massenversammlung von Stahlarbeitern hatte er bereits deutlich auf die Gefahr des sowjetischen Vordringens in Südostasien aufmerksam gemacht. Das Thema war der vietnamesischen Partei- und Regierungsdelegation also keineswegs fremd gewesen (Näheres C.a., gleiche Ausgabe, Ü-22).

(22) Chinesische Delegation in Nordvietnam

Eine Delegation der VR China unter Leitung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Ch'en Hsi-lien traf am 31. August zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Demokratischen Republik Vietnam in Hanoi ein.

Bei den Paraden am 2. September bedankte Ministerpräsident Pham Van Tong sich u.a. bei den "Völkern der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten" für die in der Vergangenheit gewährte Hilfe.

Einen starken Kontrast bildete demgegenüber die Rede Ch'en Hsi-liens auf einer Massenveranstaltung im Eisen- und Stahlwerk von Tai Nguyen am 3. September: Er sprach dort vom notwendigen "Kampf der Völker der südostasiatischen Länder gegen die Supermachtintervention und für die Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Souveränität". Die Rivalität verschiedener Großmächte in ihrem Hegemoniestreben sei ein wesentliches Merkmal des Imperialismus. Im Mittelpunkt der Rivalität der Supermächte stünden heute zwar Europa und der Nahe Osten. Doch auch die Länder Asiens hätten sich der "wilden Ambitionen der Supermächte um die Weltherrschaft" zu erwehren (NCNA, 3.9.1975). Eben jene "Supermacht", die der vietnamesische Ministerpräsident einen Tag vorher in einer Dankadresse adressiert hatte, wurde hier also zum Gegenstand scharfer Angriffe!

Gleichzeitig macht Ch'en Hsi-lien klar, daß China für Vietnam keine Gefahr bedeute: "China ist ein sozialistisches Entwicklungsland, das zur Dritten Welt gehört. Getreu der Lehre Maos, niemals eine Hegemonie anzustreben, werden wir niemals eine Supermacht sein..... Wir vereinigen uns mit allen internationalen Kräften....., um den Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus..... zu führen." (NCNA, 3.9.1975).

(23) Teng Hsiao-p'ing: Die Sowjets verlangen von Hanoi Marinebasen

In seinem zweieinhalbstündigen Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß gab Teng Hsiao-p'ing erstmals bekannt, daß die Sowjetunion Marinestützpunkte in Vietnam verlangt habe, und zwar als Preis für die Kriegskredite, die Moskau der vietnamesischen Kampffront gewährt habe. Teng fügte jedoch gleichzeitig hinzu, daß er nicht der Meinung sei, Vietnam habe dreißig Jahre lang für seine Freiheit gekämpft, um sich nun in die Arme einer anderen Supermacht zu werfen. Selbst wenn aber Moskau die begehrten Stützpunkte erhalte, werde es damit kaum glücklich werden, denn sie würden zu einer "Quelle endloser Streitigkeiten". Vorerst versuche der Kreml, seine Vietnam-Hilfe rücksichtslos auszubeuten, die ja in rückzahlpflichtigen Krediten besteht, während China, das ja Vietnam "ebenso große Unterstützung" gewährt habe - allerdings als Geschenk, ohne Gegenleistung! - darauf dringen werde, daß den Moskauer Wünschen nicht stattgegeben wird (berichtet von Ulrich Grudinski in FAZ, 19.9.1975).

(24) Südvietnamesische Aktion gegen chinesische Kaufleute

Nach der Ankündigung des neuen Wirtschaftsprogramms durch die südvietnamesische Regierung hat die Militärverwaltung von Saigon am 10. September eine Reihe von angeblichen "Wirtschaftsschädlingen" und "Monopolisten" verhaftet, darunter namhafte chinesische Kaufleute. Die Verhaftungen, die im Radio bekanntgegeben wurden, folgten auf zahlreiche Demonstrationen gegen die "Bourgeoisie" in den südvietnamesischen Hauptstädten (NZZ, 13.9.1975).

Außenpolitik allgemein

(25) "Es gibt keinen Bevölkerungsüberschuß; die Nahrungsmittelreserven der Welt sind unbegrenzt"

Wenn derzeit die Nahrungsmittelversorgung nicht ausreicht, so liegt dies nicht an dem sogenannten "Gesetz der allmählichen Verringerung der Ertragsfähigkeit des Bodens", sondern an den ver-

schiedenen kriminell-bösartigen sozialen Systemen.

Was das entschuldigende Stichwort vom "Nahrungsmittel" anbelangt, so sei zu betonen, daß die Nahrungsmittelproduktion der kapitalistischen Welt keineswegs unzureichend, wohl aber die Kaufkraft der Arbeiter zu niedrig sei.

Auch das Schlagwort vom "Bevölkerungsüberschuß", das von den "neuen Malthusianern" immer wieder gebracht wird, sei ein "Lügengespinnst des Neokolonialismus". In Wirklichkeit mangle es keineswegs an Boden; dieser bleibe lediglich ungenutzt. Das Nahrungsmittel- und Bevölkerungsproblem vieler Länder der Dritten Welt sei die Auswirkung der Aggression des Imperialismus und insbesondere der Supermächte.

Die Nahrungsmittelfrage ist in erster Linie eine soziale und politische Frage. "Ein Beweis dafür ist die Entwicklung unserer sozialistischen Landwirtschaft. In den 25 Jahren seit der Befreiung ist die Bevölkerungszahl unseres Landes um 60% gestiegen - die Getreideproduktion aber um 140% und die Baumwollproduktion sogar um 470%."

In der Sowjetunion seien die Staatsgüter und die landwirtschaftlichen Kollektive in der Zwischenzeit in das Eigentum "eines Häufleins bürokratischer Monopolkapitalisten und neuer reicher Bauern übergegangen. Diese neuen bourgeoisen Elemente sind besonders habgierig. Im Ergebnis verringert sich die Getreideanbaufläche ständig, und der Getreideertrag sinkt." (Hung-ch'i 1975, Nr.8).

INNENPOLITIK

(26) Eine neue Kampagne: "Die Räuber vom Liangshan Moor"

Während die "Diktatur des Proletariats"-Kampagne zu verebben scheint, beherrscht gegenwärtig eine neue Massenbewegung, welche die Kritik an dem jahrhundertealten Roman "Die Räuber vom Liangshan Moor" zum Gegenstand hat, die chinesische Öffentlichkeit. Offenbar verfolgt die Bewegung zwei hauptsächliche Zwecke: Sie soll der nationalen Einheit dienen und der Sowjetunion warnend zu verstehen geben, daß es kein "Kapitulantenentum" geben wird (Siehe Themen des Monats).

(27) Vizepremier Li Hsi-nien: Berichte über Hangchou "übertrieben"

Bei einer Begegnung mit Kinkazu Saionji, dem Direktor der Japanisch - Chinesischen Gesellschaft für kulturellen Austausch, bezeichnete der chinesische Vizepremier Li Hsi-nien die ausländischen Berichte über Arbeiterunruhen in Hangchou als "stark übertrieben". Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Kyodo v.3.9.75 wies Li Hsi-nien darauf hin, daß es "natürlich sei, daß sich derartige kleinere Zwischenfälle in Produktionszentren zwischen chinesischen Arbeitern und Mitgliedern der chinesischen Befreiungskräfte ereigneten, da sie versuchten, die Produktion so weit wie möglich zu steigern" (SWB, 5.9.75; vgl. C.a.Sept.1975, S.503 ff.).

(28) Peking läßt 144 "Agenten der Chiang-Kai-shek-Clique" frei

"Als ein Ausdruck der Nachsicht haben die chinesischen Justizbehörden beschlossen, alle 95 bewaffneten Spezialagenten und

die 49 Besatzungsmitglieder der Agentenschiffe der Chiang-Kai-shek-Clique, die sich in Haft befinden, freizulassen. Damit sind die Fälle der zwischen 1962 und 1965 verhafteten bewaffneten US-Chiang-Agenten und der Besatzungsmitglieder der Agentenschiffe abgeschlossen. Von Oktober 1962 bis September 1965 hat die US-Chiang-Clique fortgesetzt bewaffnete Agenten zwecks Unruhestiftung und Sabotagemissionen in die Küstengebiete des chinesischen Festlandes entsandt. Dank der hohen Wachsamkeit, der ständigen Bereitschaft und des Heldenmutes der Armeeangehörigen und Zivilisten in diesem Gebiet wurden alle 43 Gruppen bewaffneter US-Chiang-Agenten, die von der See her oder aus der Luft dort landeten, sofort und vollständig außer Aktion gesetzt. Keiner von ihnen konnte entkommen" (NCNA, 22.9.75).

Und weiter heißt es: "Entsprechend der Politik Maos, Strafe mit Nachsicht und Besserung durch Arbeit mit ideologischer Erziehung zu verbinden, haben die chinesischen Sicherheitsorgane die gefangengenommenen bewaffneten US-Chiang-Agenten und Besatzungsmitglieder erzogen und bekehrt. Jene, die sich verdient gemacht haben und Reue zeigten, wurden in vier Gruppen ab Juli 1963 als Ausdruck der Nachsicht entlassen. Die übrigen bewaffneten Agenten und Besatzungsmitglieder gestanden ihre Verbrechen gegenüber dem Volk ein und verurteilten die Chiang-Kai-shek-Clique wegen ihrer Verbrechen. Sie hatten sich gebessert. Daher der Beschluß, sie alle zu entlassen..... Wer nach Taiwan zurückkehren will, kann das tun; er wird mit Geld u.a. für die Reise erforderlichen Dingen ausgestattet." (NCNA, 22.9.1975) Unter den Amnestierten befinden sich auch zwei Japaner und zwei Südkoreaner, die 1965 gefangengenommen wurden. Dies ist die zweite große Gruppe von Polit-Gefangenen, die aus festländischen Gefängnissen entlassen werden. Mitte des Jahres war bereits eine Gruppe (293) einstiger nationalchinesischer Offiziere entlassen worden, die seit dem Bürgerkrieg in Gefangenschaft saßen. Zehn von ihnen wollten über Hong Kong nach Taiwan reisen, doch verweigerte Taipei ihnen die Einreiseerlaubnis. Drei kehrten daraufhin wieder in die Volksrepublik zurück, drei befinden sich noch in Hong Kong, einer beging in Hong Kong Selbstmord, und drei fuhren zu ihren Verwandten in die USA (TK, 23. und 28.-30.9.1975).

Sowohl in Taiwan als auch in Peking haben damit umfangreiche Aktionen zur Entlassung Gefangener begonnen. Beide Aktionen greifen wie Zahnräder ineinander. Werden hier indirekte Signale zur Kooperation ausgestrahlt? Einer solchen Annahme widerspricht allerdings die Tatsache, daß Taiwan zehn der einreisewilligen entlassenen KMT-Offiziere ein Visum nur dann erteilen wollte, wenn diese ein antikommunistisches Bekenntnis ablegten. Letztlich dürfte es sich hier allerdings nur um eine "Frage des Gesichts" handeln.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß Taipei gegenüber den Anhängern der "Taiwan-Unabhängigkeitsbewegung" eine mildere Haltung einzunehmen beginnt. Die Strafen für drei wohlbekannte politische Gefangene wurden Mitte September heruntergesetzt, um auf diese Weise den taiwanesischen Liberalen eine Geste des guten Willens der Regierung anzudeuten. Die drei sind der Schriftsteller Li Ao, Herausgeber des Magazins "Wen Hsing", sowie Hsieh Tsung-min und Wei Ting-chao, die alle als Anhänger der "Taiwan-Unabhängigkeitsbewegung" bekannt sind (IHT, 24.9.1975).